



6 Wochen Ferien für alle

Die Initiative „6 Wochen Ferien für alle“ (Ferien-Initiative) hat zum Ziel, einen besseren Ausgleich zwischen Arbeitsbelastung und Erholung zu schaffen. Mit einem höheren Mindestanspruch auf bezahlte Ferien soll dieses Ziel erreicht werden. Die Initianten (Travail Suisse) sehen die steigende Belastung der Arbeitnehmer als Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels. Dieser Text informiert über die heutige Gesetzeslage und darüber, was die Initiative ändern will und was die Auswirkungen davon wären. Zudem werden die wichtigsten Pro- und Contra-Argumente aufgezeigt.

Ausgangslage

Das Obligationenrecht (OR) schreibt seit 1984 vor, dass Arbeitnehmer einen Anspruch auf mindestens vier Wochen bezahlte Ferien pro Jahr haben. Ist der Arbeitnehmer während mehr als einem Monat an der Arbeitsleistung verhindert, darf ihm der Arbeitgeber den Anspruch auf Ferien kürzen.

In Normal- wie auch in Gesamtarbeitsverträgen unterscheiden sich die Ferienregelungen je nach Berufsgruppe. Bei öffentlich-rechtlichen Anstellungen (Anstellungen in öffentlichen Stellen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden, etc.) gibt es ebenfalls Unterschiede, je nach Kanton und Gemeinde. Grundsätzlich liegt der Anspruch auf Ferien aber tendenziell höher als die vom OR vorgeschriebenen vier Wochen. Laut Bundesamt für Statistik (BFS) wurden im Jahr 2010 von den 20- bis 40-Jährigen durchschnittlich 4,8 Wochen Ferien beansprucht. Über 50-Jährige hätten derweil einen Anspruch auf durchschnittlich 5,4 Wochen gehabt.

Laut einer repräsentativen Umfrage von DemoSCOPE wollen drei Viertel der Bevölkerung (oder 90% der Erwerbstätigen) mehr als vier Wochen Ferien im Jahr. 57% der Bevölkerung hätten zum Zeitpunkt der Umfrage für die Initiative gestimmt. Die aktuellste Umfrage von gfs.bern im Auftrag der SRG weist eine Zustimmung von lediglich 39% der Bevölkerung aus.

Was wird geändert?

Arbeitnehmer sollen einen Anspruch auf mindestens sechs Wochen bezahlte Ferien pro Jahr haben. Dieser Mindestanspruch soll neu in der Bundesverfassung festgehalten werden

Diese Änderung von mindestens vier auf wenigstens sechs Wochen soll gestaffelt verlaufen. Für das laufende Jahr sollen Arbeitnehmer einen Mindestanspruch auf fünf Wochen haben. Danach ist vorgesehen, dass während fünf Jahren jährlich ein Ferientag hinzukommt, bis die sechs Wochen erreicht sind.

Auswirkungen

Zunächst wären Anpassungen auf Gesetzesstufe nötig, nämlich überall, wo Ferienbestimmungen drin sind. Es müssten auch Normal- und Gesamtarbeitsverträge angepasst werden, wie auch die Regelungen für die staatlich Angestellten in den verschiedenen Kantonen und Gemeinden aber auch beim Bund.

Die Auswirkungen der Initiative auf die Unternehmen und somit auf die Gesamtwirtschaft können kaum abgeschätzt werden, da sie stark vom wirtschaftlichen Umfeld der einzelnen Unternehmen abhängen. Der Bundesrat schätzt, dass die Annahme der Initiative

Zusammenfassung

Ziel der Vorlage

Durch mehr Ferien im Jahr soll ein besserer Ausgleich zwischen Arbeitsbelastung und Erholung geschaffen werden.

Wichtigste Änderungen

Alle Arbeitnehmer haben Anspruch auf bezahlte Ferien von mindestens 6 Wochen im Jahr.

Der Mindestanspruch wird zunächst auf 5 Wochen festgelegt und dann in den nächsten 5 Jahren stufenweise auf 6 Wochen erhöht.

Argumente dafür

- Wegen steigender Arbeitsbelastung sei eine längere Erholungszeit nötig, um einen besseren Ausgleich zu schaffen.
- Durch längere Erholung würde langfristig die Leistungsfähigkeit steigen.
- Die Kosten der zu hohen Arbeitsbelastung, die jährlich auf 10 Mrd. CHF geschätzt werden, würden gesenkt.

Argumente dagegen

- Es sei nicht erwiesen, dass mehr Ferien auch mehr Erholung bedeuten.
- In kleineren Unternehmen würde die Produktivität stark beeinträchtigt, was einen Stellenabbau zur Folge hätte.
- Die Lohnkosten würden für die Unternehmen steigen und damit auch der Druck auf die Arbeitnehmer, was wiederum die Arbeitsbelastung erhöht.

Positionen

Ein „Ja“ empfehlen: SP, Grüne

Ein „Nein“ empfehlen: Bundesrat und Parlament, SVP, FDP, CVP, BDP, GLP

eine Erhöhung der Lohnkosten um vier Prozent zur Folge hätte.

Argumente der Befürworter

Die Befürworter sind der Meinung, es brauche einen besseren Ausgleich zwischen Arbeitsbelastung und Erholung, denn die Arbeitsbelastung sei in den letzten 25 Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig hat sich der gesetzlich vorgeschriebene Mindestanspruch für Ferien aber nicht verändert.

Arbeitnehmer hätten mehr Ferien verdient, denn zwischen 1992 und 2007 sei die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer um 21% gestiegen, deren Reallöhne aber nur um 4% (mit Berücksichtigung der Teuerung). Arbeitnehmer würden heute für den gleichen Lohn mehr leisten müssen als früher.

Mehr Ferien würden sich positiv auf die Gesundheit und die langfristige Leistungsfähigkeit auswirken. Die immer höhere Arbeitsbelastung mache die Menschen krank. Die Kosten der hohen Arbeitsbelastung (ersichtlich durch Burnouts, etc.) werden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) auf 10 Mrd. CHF pro Jahr geschätzt. Von der Arbeitsmedizin sei nachgewiesen, dass längere Arbeitsunterbrüche von zwei bis drei Wochen eine vollständige Erholung ermöglichen würden.

Mehr Ferien seien für die Wirtschaft tragbar. Heute betrage der durch-

schnittliche Ferienanspruch fünf Wochen. Eine zusätzliche Woche würde die Lohnkosten für die Unternehmen um zwei Prozent erhöhen, was im Schnitt täglich fünf Franken pro Arbeitnehmer ausmache. Dies sei für die Unternehmen tragbar.

Aufgrund der gestaffelten Erhöhung der Ferientage über die nächsten fünf Jahre seien mehr Ferien für die Wirtschaft gut umsetzbar.

Die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und sozialem Engagement würde durch mehr Ferien verbessert werden.

Argumente der Gegner

Die Initiative würde vor allem den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) schaden, denn die Arbeitskosten würden durch mehr Ferien steigen. Deren Wettbewerbsfähigkeit würde geschwächt. Weil die Situation der KMU wegen dem starken Franken und dem schwierigen Umfeld sowieso schon bedrohlich sei, käme die Initiative zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt, denn sie würde die schwierige Situation für die KMU noch weiter verschärfen.

Durch die Initiative würden Arbeitsplätze bedroht, denn viele Unternehmen müssten wegen höheren Kosten Stellen streichen. Einige Betriebe würden we-

gen höheren Personalkosten Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Andere müssten gar ganz schliessen.

Die Initiative führe zu einer höheren Arbeitsbelastung, denn die wegen den zusätzlichen Ferien ausgefallene Leistung müsste während der Arbeitszeit kompensiert werden. Die Unternehmen könnten für die ausgefallene Arbeitszeit kein zusätzliches Personal einstellen, weil die zusätzlichen Kosten nicht tragbar wären. Die fehlende Arbeitsleistung müsste auf das vorhandene Personal aufgeteilt werden, was dessen Arbeitsbelastung erhöhe.

Durch die Initiative würde den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Flexibilität bei der individuellen Gestaltung von Ferienansprüchen weggenommen werden. Branchenspezifische Lösungen seien dieser starren Vorschrift zu bevorzugen.

Es sei nicht erwiesen, dass mehr Ferien auch mehr Erholung brächten. Andere Faktoren wie Arbeitszeit und Flexibilität würden eine wichtige Rolle spielen.

Bei Staatsangestellten würden sich die höheren Personalkosten in höhere Steuern niederschlagen.

Literaturverzeichnis:

- Bundesrat (2010). *Botschaft zur Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“*. Gefunden am 19. Jan. 2012 unter <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2010/4671.pdf>
- Komitee für die Ferien-Initiative (2012). *Hintergrundpapier*. Gefunden am 19. Jan. 2012 unter <http://www.sechswochenferien.ch/de/argumente>
- Bundesversammlung (2011). *Bundesbeschluss über die Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“*. Gefunden am 19. Jan. 2012 unter <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2011/4823.pdf>
- Komitee gegen die Ferien-Initiative (2012) *Argumentarium*. Gefunden am 19. Jan. 2012 unter http://www.ferieninitiative-nein.ch/fileadmin/user_upload/ferieninitiative-nein/Downloads/Langes_Argumentarium.pdf
- Travail Suisse (2011). *Es braucht 6 Wochen Ferien für alle*. Gefunden am 19. Jan. 2012 unter <http://www.travailsuisse.ch/de/node/2657>
- NZZ Online (2012). *Mehr Ferien als Kompensation*. Gefunden am 19. Jan. 2012 unter http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/mehr_ferien_als_kompensation_1.14145652.html
- FDP.Die Liberalen (2012). *Volksinitiativen „6 Wochen Ferien für alle“*. Gefunden am 19. Jan. 2012 unter http://www.fdp.ch/images/stories/Dokumente/Kampagnen/2012/6WochenFerien/20111117_FDP-Argumentarium_6WochenFerien.pdf
- SP (2012). *Initiative „6 Wochen Ferien für alle“*. Gefunden am 19. Jan. 2012 unter <http://www.sp-ps.ch/ger/Abstimmungen/Initiative-6-Wochen-Ferien-fuer-alle>